Zeitschrift: Die Vorkämpferin : verficht die Interessen der arbeitenden Frauen Herausgeber: Frauenkommission der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz

Band: 12 (1917)

Heft: 1

Artikel: Warum für mich als Arbeiterfrau der Begriff "Vaterland" ein Trugbild ist

Autor: [s.n.]

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-351276

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

nicht, daß unfere Geschichte eine lange Reihe von Klaffentämpfen darstellt; sie wissen oft nicht einmal, daß unsere jetigen Parteien und Parteikämpfe auf einer bestimmten Stufe der Entwicklung entstanden, Produkt dieser Entwicklung sind, ihren Gesetzen unterliegen, und fortwährend in Umwandlung begriffen sind, daß auch "das Vaterland" nicht ewig so bleiben wird, wie es war und wie es ist. "Es war einmal," so beginnen die Märchen. Wie ein Märchen mutet es uns heute an, wenn wir daran erinnern, daß es eine Zeit gab, wo in der Familie alles zum Lebensunterhalt Notwendige felbst erzeugt wurde, unfaßbar, wunderbar und unglaublich wäre es jenen erschienen, unsern Urureltern, denen in unserm Land und jenen jenseits der Grenzen, hätte man ihnen prophezeit, es komme eine Zeit, da fast gar nichts mehr im Haußhalt selbst produziert werde, wo man die Bedarfsgegenstände alle in fürzester Frist und in ungeheuren Mengen, in großen, großen Häusern mit Maschinen erstelle, unglaublich schon deshalb, weil man damals nur für den Bedarf arbeitete, und heute, tropdem Waren in normalen Beiten in Ueberfluß auf den Markt gelangen, viele Taufende von Menschen nicht genügend ernährt werden, hungern und frieren müffen, obschon die Magazine und Lagerhäufer überfüllt sind.

Das wäre jenen, unsern Urahnen, jo fabelhaft erschienen, wie uns im Märchen die Zauberei und die Wunder. Noch nicht alle Völker haben diese Entwicklung vom Agrar- zum Industriestaat durchgemacht. Die kapitalistische Produktion wächst aber schneller als der Markt. Die großen Industriestaaten muffen in ihrem verschärften Konkurrenzkampf solche Absatzebiete für ihre Waren suchen, die bisher dem Rapitalismus nicht erschlossen waren, weil auch der Schutzzoll ihren Bedürfniffen nicht mehr gerecht zu werden vermag. Und sodann müssen sie darauf sehen, ihrem Lande die Bufuhr von solchen Rohstoffen und Lebensmitteln zu sichern, die nicht oder nur in ungenügendem Maße im eigenen Lande gewonnen werden. Aber jeder Großstaat suchte den andern darum zu übertreffen. Der Wettlauf nötigte einerseits zu Bündnissen und Koalitionen, weil der einzelne zu schwach war in diesem Konkurrenzkampf. Die kapitalistische Warenproduktion und die Konkurrenz sind also die Ursachen der Bündnisse, aber auch des blutigsten und furchtbarsten Arieges, der im Grunde genommen doch nichts anderes will, als die Aufrechterhaltung und Verteidigung des Ausbeutungsverhältnisses. Angriffskrieg und der sogenannte Berteidigungskrieg sind im Zeitalter des hochentwickelten Kapitalismus ein und dasselbe: Erhaltung des Bestehenden: die Herrschaft der kapitalistifchen Ausbeutung. Als Sozialistinnen können wir unsere Sympathien nicht jenen schenken, die sich am "Berteidigungskrieg" beteiligen, denn in Wirklichkeit besteht die politische Selbständigkeit der National-Staaten gar nicht mehr. Durch die gegenseitigen Bündnisse sind sie gezwungen, ihre Handlungsfreiheit einzuschränken, gerade in den wichtigsten Fragen, wo es sich um Krieg und Frieden handelt, können sie nicht mehr selbständig entscheiden. Aber weil durch die herrschende Klasse mit allen Machtmitteln — Schule, Kirche, Presse und Gerichte — auch dem Proletariat die Heligkeit ihres Vaterlandes in Fleisch und Blut eingeimpft wurde, wähnt der Proletarier sein Vaterland und damit ein revolutionäres Prinzip zu verteidigen, und die Proletarierin fühlt sich verpflichtet, als "Soldat des Vaterlandes" das ihrige zur Erhaltung und Stärkung des Vaterlandes beizutragen. Hier wie anderswo gilt es den Kampf gegen die Ueberlieferung aufzunehmen. Ueberall muß sie erset werden durch klare Erkenntnis der wirklichen Zusammenhänge. Erst wenn die gesamte Arbeiterklasse von dem Banne der bürgerlichen Gedanken- und Gefühlswelt erlöft ist und sich durchringt, nicht zur nationalen Selbständigkeit, sondern zum internationalen Rlaffenbewußtsein, dann wird der internationale Klassenwille sie den Weg, der nach vorwärts, zum Sozialismus führt, finden lassen.

Warum für mich als Arbeiterfrau der Begriff "Vaterland" ein Trugbild ist.

Als im Monat August 1914 der verheerende Weltkrieg seinen Anfang nahm, da schien es, als ob die ganze Schweiz ein Herz und eine Seele sei. Auch in der Arbeiterfamilie regte sich der gleiche Geist sogenannter vaterländischer Begeisterung.

Diese Begeisterung kam hauptsächlich daher, daß der Bundesrat anfänglich instinktiv diejenigen Vorkehrungen traf, die der Arbeiterschaft den Glauben nicht schlankweg raubten, daß das Vaterland wenigstens in Zeiten so großer

Not auch noch an sie denke.

Die Notstandskommissionen wurden eingerichtet. Man ließ bekannt geben, daß man niemanden der Not überlasse. Der Bundesrat erhielt die nötigen Vollmachten, diejenigen Vorkehrungen zu treffen, die nötig seien, um der eindringen= den Not zu wehren. Er erklärte einmal vor allem das Notwendigste, nämlich den Rechtsstillstand. Durch dieses Vorgehen schützte er die wirtschaftlich Schwachen bor den Raubgelüsten der kapitalistischen Hnänen. Das "Alle für einen" sollte zur Wahrheit werden und es sollte sich auch der andere Teil der Debise "Giner für alle" erfüllen. Die ganze Eidgenoffenschaft schien wie aus einem Stück gegoffen.

Aber dieser Zustand war nicht nach dem Geschmack der Spekulanten, Wucherer, Halsabschneider und Profitjäger. Mit allerlei Klagen und Weh und Ach wurde man in Bern vorstellig und der Bundesrat hatte unterdessen seine Fassung gewonnen und schlüpfte wieder in seine alte Haut als Schützer der Kapitalisten. Schon nach zwei Monaten hob

er den Rechtsstillstand auf.

Der Bund war auch nicht imstande, Abhilfe zu schaffen, als nach dem Kriegsausbruch die Herren Unternehmer die Löhne um die Sälfte und noch tiefer herabsetzen, während die Lebensmittel in gleicher Art in die Höhe gingen. Daß bei einem solchen Erwerbsverhältnis ganze Volksschichten den Betreibungs- und Konkursämtern ausgeliefert wurden, ließ sie kühl. Unsere Behörde hat durch dieses Vorgehen gezeigt, daß ihr der Schutz der Geldinteressen höher liegt als der Schutz der Proletarierklassen vor Not und Aus-

Also, was bleibt uns da zu verteidigen? Denn das, was der Bundesrat bezw. das Vaterland hier bietet, das gewährt uns der deutsche, der öfterreichische, französische oder italienische Ausbeuter, falls er bom Lande Besitz nimmt, auch. Man hat trop allgemeiner Not noch an der Notunterstützung gemarktet, wenn der Mann im Militärdienste stand. Es ist also auch in dieser Hinsicht nichts zu verteidigen. Es wurden Nahrungsmittel und Bedarfsartikel ins Ausland erportiert, der Bund ließ es gewähren im Interesse des Rapitalismus, so daß der Inlandsmarkt dadurch verschlechtert

Der Bundesrat schaute erstmals dem Treiben der Schieber, Wucherer und Spekulanten untätig zu, bis sie den Hauptteil des erreichbaren Raubes in Sicherheit gebracht hatten, und dann hinkte er mit Verordnungen, die einem solchen Treiben ein Ende setzen sollten, nach, um beim Volke den Glauben zu erwecken, es wäre ihm dabei Ernst gewesen. Oder es muß ihm bon auswärtigen Regierungen mit dem Zaunpfahl gewunken werden, solchen Zuständen ein Ende Bu bereiten, wie dies bei der Gründung der S. S. S. der Fall war. Und für ein folches Ding, dem man den Namen Vaterland anhängt, mutet man uns Anhänglichkeit und Begeisterung zu!

Es haben daher jene Zugendorganisationen ganz recht und der Wahrheit entsprechend gehandelt, welche Inschriften des Inhalts herumtrugen: "Wir Arbeiter haben kein Vaterland zu verteidigen", — weil wir

eben keines haben.

Die alten Eidgenossen sehnten sich nach dem Zeitpunkt, wo sie das Joch der Zwingherren abschütteln konnten. Wir Arbeiter und Arbeiterfrauen und Kinder sehnen uns nach etwas Aehnlichem. Wir haben die gleichen Gefühle, wie der Weister Steinmet bei Zwing-Uri in Schillers Wilhelm Tell. Auch wir können von unseren Behörden sagen: "Alles ist euch feil um den Profit; wenn ihr den Vater von den Kindern gerissen und den Mann von seinem Weibe, und Jammer habt gebracht über die Welt, denkt ihr's mit schönen Worten und Almosen zu vergüten — geht! Wir wären frohe Wenschen, wenn ihr nicht wäret; mit euch ist die Verzweissung eingezogen!"

Wir Arbeiterfrauen können allerdings nicht wie Gertrud Stauffacher unsere Männer auffordern, den schönen hablichen Besitz vor dessen Wegnahme mit den Worten zu verteidigen: "Der kluge Mann baut vor"; denn wir haben

nichts Derartiges mehr.

Aber wir können unsern Männern sagen, daß unsere heutige obere Gesellschaft auf unsere Kosten unter der Maske eines Freundes uns und unsere Kinder mit Trug und Gewalt um alles gebracht hat, was ihr aber zum Berderben gereichen muß, wenn unsere Männer noch Männer sein wollen. Bir Frauen sind wie Gertrud bereit, alles auf's Spiel zu sehen, — wir können nichts mehr berlieren, sondern nur noch gewinnen.

Die allgemeine Zivildienstpflicht.

Es ist geschehen! Die Unternehmer nicht nur Deutschands, sondern der ganzen Welt können triumphieren. Das Gesetz der allgemeinen Zwildienstpflicht ist vom Deutschen Reichstag sast einstimmig (mit Ausnahme der "Arbeitsgemeinschaft"-Gruppe Haase) angenommen worden. Dieses Gesetz hat alle Wünsche und Träume der Kapitalisten sogar übertrossen. Schon seit dem Ausdruch des Krieges hegt das Unternehmertum Deutschlands und mit ihm die Kapitalisten aller Länder den Klan der vollkommenen Verstlabung der Arbeiterklasse. Aber von einer solchen Verwandlung der gesamten Arbeiterklasse in Leibeig en eder Bourgeoisie haben die Kapitalisten selbst nicht zu träu-

men gewagt. Wonach die Unternehmer und mit ihnen die bürgerlichen Frauenrechtlerinnen sich bis jetzt gesehnt haben, war die Einführung der weiblichen Dienstpflicht. Schon im ersten Kriegsjahr hat der Vertrauensmann der Großindustriellen Deutschlands, der Ingenieur Stern, in der "Frankfurter Zeitung" nichts mehr und nichts weniger als die Forderung der gesetzlichen Statuierung der Berufspflicht für die Frau, analog der Militärpflicht des Mannes, aufgestellt. Dem militärischen Reservestand des Mannes wäre eine Art "beruflicher Reservestand" der Frau gegenüberzustellen. Diese Reservearmee könnte, wenn bie Stunde danach verlangt, Berwendung finden. In der Aera der imperialistischen Ariege wäre eine solche Reservearmee aus Frauen ein reiner Gewinn für die Kapitalisten. Während die männlichen Proletarier als Kanonenfutter geopfert werden, forgen daheim ihre Frauen und Töchter dafür, daß an Kanonen und allem anderen Kriegsmaterial kein Mangel herrscht. Wenn aber der Krieg zu Ende ist und die überlebenden männlichen Proletarier sich weigern, zu jedem Schundlohn zu arbeiten, so bedürfte es nur der Drohung mit der beruflichen Referbe = oder Streikbrecherarmee der Frauen, um die Rebellen bedingungslos ins alte Joch zu zwingen.

Bur selben Zeit wie der Ingenieur Stern haben sich für die weibliche Zivildienstpflicht auch die bürgerlichen Frauenrechtlerinnen Deutschlands ausgesprochen. Sie geben in der Hauptsache ihrer Forderung "von den Bedürfnissen des Staates aus, und zwar zunächst von den Erfordernissen des Krieges. Die weiblichen Hilfsträfte sollen als Ergänzung des Heeres ausgebildet werden. Durch diese Anwendung der Frauenträfte werden in

fünftigen Kriegen selbstverständlich sehr viele Männer zum tatsächlichen Waffendienst frei." So schrieben die Frauenstimmrechtlerinnen in ihrem Organ, "Die Frau", schon im

ersten Kriegsjahr.

Wir sehen also, daß die Bourgeoisie in ihren Bestrebungen zur Verstlavung der Arbeiterklasse die organisierte Arbeitermasse scheute und ihre Beute hauptsächlich unter der unorganisierten Arbeiterinnenarmee suchte. Aber als den Kapitalisten der Staat zu Hilse kam, da hat sich das ganze Bild geändert. Laut dem Gesetze der deutschen Regierung, das vom Reichstag am 2. Dezember 1916 angenommen wurde, ift jeder männliche Deutsche vom 17. bis zum 60. Lebensjahre, soweit er nicht zum Dienste in der bewaffneten Macht einberufen wurde, zum "vaterländischen" Hilfsdienste während des Krieges verpflichtet. Als vaterländischer Hilfsdienst gilt außer dem Dienste bei den Behörden und behördlichen Einrichtungen insbesondere die Arbeit in der Kriegsindustrie, Landwirt= schaft, Arankenpflege, in kriegswirtschaftlichen Organisationen aller Art, sowie in sonstigen Betrieben, die für die Zwede der Rriegführung und der Bolksversorgung unmittelbar oder mittelbar von Bedeutung

Einen gleichen Zwang für die Frauen auszufprechen, scheint momentan entbehrlich zu sein, da die Arbeitskraft der deutschen Frauen auch ohne besonderen Antrieb in reichem Maße wird bereitgestellt werden können. (Die armen Feministinnen — auch hier hat man die Frauen im Stich gelassen!)

Die "Begründung" des Gesetzes lautet: "Die Aufgabe des Gesetzes ist die Mobilisierung der Arbeit. Während unmittelbar nach Kriegsausbruch eine ganz außerordentliche Arbeitslosigkeit eintrat, haben sich die Verhältnisse seicher, wenigstens soweit männliche Arbeitskräfte in Frage kommen, in ihr Gegenteil verkehrt; statt Arbeitslosig-

feit herrscht ausgesprochener Arbeitermangel."

Daß dabei neben dem Interesse des imperialistischen Staates die Profit- und Ausbeuterinteressen der einzelnen Unternehmer eine Rolle spielen, ist jedem klar. Vom Momente des Inkrafttretens des Gesetzes an ist die gesamte Arbeiterschaft Deutschlands zum Leibeigentum der Unternehmer verdammt. Auf Kommando der Militärgewalt werden Hunderttausende von Arbeitern wie eine Herde in die Betriebe eingesperrt, zu einer ihnen ganz un-gewohnten und schlechtbezahlten Arbeit gezwungen, von ihrem heim und ihrer Familie verjagt. Jede Freizügigkeit ist aufgehoben. Der Frondienst der Arbeiterklasse ist von den Militärbehörden in weitestem Sinne zugunften der Unternehmer im Gesetzesentwurf vorgesehen. So darf niemand, laut dem Gesetzesentwurf, einen Arbeiter in Arbeit nehmen, der bei einer des in Ziffer 1 (Landwirtschaft, Kriegs= industrie, Arankenpflege usw.) bezeichneten Stellen beschäftigt ist, sofern der Arbeiter nicht eine Bescheinigung seines letzten Arbeitgebers darüber beibringt, daß er die Arbeit mit Zustimmung des Arbeitgebers aufgegeben habe.

Eine ausgeprägtere Verktlabung der Arbeiterklasse kann man sich kaum ausdenken. Niemand denkt daran, und niemand will auch daran denken, ob der Arbeiter mit seinem Arbeitslohn auskommen kann, ob die Arbeitsbedingungen erträglich sind, ob er Frau und Kinder hat, von denen er getrennt ist, die Hauptsache ist, daß der Unternehmer keinen Arbeitermangen berdielstachen kannt keinem Kehrgewinn verdielsachen kann. Niemand denkt an die Arbeiterklasse, niemand kümmert sich um sie. Sogar die offiziellen Führer der sozialdemokratischen Kartei Deutschlands haben sich als ausgesprochene "Patrioten" und Sozial-Chauvinisten sür den "vaterländischen Hilfsdienst" ausgesprochen, wobei der Abgeordnete Legien — Sekretär der internationalen Gewerkschaftsorganisation — im Reichstag erklärt hat, daß die Arbeitervertreter durchaus anerken-